

Änderungsantrag der AKL – NRW zum Antrag „Wem gehört die Stadt? – Allen Menschen, nicht nur den Reichen und den Konzernen“

***Vor dem Punkt 1 der Aufzählung sollen folgende zwei Absätze eingefügt werden:***

Über allen muss eine Kampagne zur umfassenden finanziellen Besserstellung der Kommunen stehen. Die kommunalen Haushalte müssten verdoppelt werden, um die notwendigen Aufgaben nur in Kernbereichen zu erfüllen. Dazu kommt eine weitgehende Befreiung von Altschulden, die gerade in NRW viele Kommunen betrifft.

Die LINKE wird sich nicht an dem üblen Spiel beteiligen, wo am „nettsten“ bei den kommunalen Ausgaben gespart werden kann. Besser wäre ein „Streik der Kommunen“, wie er vor einigen Jahren schon einmal von Bürgermeistern verschiedener Kommunen vorgeschlagen wurden. Die Aufteilung der Finanzmittel zwischen Bund, Land und Kommunen muss radikal geändert werden. Gleichzeitig streitet die LINKE weiter gegen die bundesweiten und landesweiten „Schuldenbremsen“ und für eine höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen.

**Begründung:**

Die Kommunen sind nur unzureichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Die Umverteilung der Einkommens- und Umsatzsteuer ist zurückgefahren, die Steuereinnahmen aus der Gewerbesteuer ist von dem wirtschaftlichen Erfolg der ansässigen Betriebe abhängig. Die unzureichende finanzielle Ausstattung führt dazu, dass viele Kommunen in der Haushaltssicherung sind und nur noch Pflichtaufgaben erfüllen. Gesellschaftlich notwendige Einrichtungen, wie Jugend- und Senior\*innentreffs oder Schwimmbäder fallen dem Spardiktat zum Opfer.

***In dem folgenden Absatz sollen die Rot markierten Begriffe anstatt der grün markierten verwendet werden. Der Rot markierte Absatz soll eingefügt werden:***

**1. Mehr direkte Demokratie wagen - ~~Einwohner~~Bürger\*innenräte schaffen**

Insbesondere bei Stadtentwicklungsprojekten wird oftmals die Einwohnerschaft einer Kommune beteiligt. In den dafür anberaumten Veranstaltungen werden den Menschen ein oder zwei fertige Konzepte vorgelegt. Es wird ihnen von den Verwaltungen vorgegaukelt, dass es nichts anderes gäbe und sie sich zwischen den beiden Konzepten entscheiden können. Ideen aus der ~~Einwohner~~Bürger\*enschaft werden lediglich zur Kenntnis genommen. Das hat jedoch nichts mit direkter Demokratie zu tun, die notwendigerweise darin besteht, dass die Einwohner\*innen über ihre Belange tatsächlich entscheiden können.

Diskussions- und Entscheidungsprozesse müssen grundsätzlich für die Einwohner\*innen geöffnet werden. Sie müssen bei jedem Schritt eines Entwicklungsprojektes beteiligt werden. Den Interessen der Bevölkerung muss Rechnung getragen und ihre Ideen müssen in einem

demokratischen Prozess umgesetzt werden bis hin zu einer Einstellung oder Neukonzipierung von Projekten im Interesse der Mehrheit.

**Begründung:**

Der Begriff „Bürger\*innen“ beinhaltet nicht alle Menschen einer Stadt oder Gemeinde. Damit sind immer nur die Menschen gemeint, die unter bestimmten Umständen das aktive und passive Wahlrecht haben, meist Menschen mit einem deutschen Pass. In einer Stadt oder Gemeinde leben aber mehr Menschen als die mit einem deutschen Pass. Diese Menschen haben ihren Lebensmittelpunkt ebenfalls in der Stadt oder Gemeinde. Daher müssen sie auch über die Geschehnisse in der Stadt oder Gemeinde mitbestimmen dürfen.

Es darf nicht über die Köpfe der Einwohnerschaft bestimmt werden. Oftmals stecken hinter z.B. Entwicklungsprojekten die Interessen von privaten Investor\*innen, denen von vielen Verwaltungen sehr gerne Rechnung getragen wird. Die Interessen der Bevölkerung sollte aber vor den Profitinteressen von Investor\*innen stehen.